

Stadtverordnetenbüro
Auskunft erteilt: Frau Benz
Berliner Platz 1, 35390 Gießen

Telefon: 0641 306-1023
Telefax: 0641 306-2033
E-Mail: stadtverordnetenbuero@giessen.de

Datum: 02.02.2010

N i e d e r s c h r i f t

der 22. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Familie, Jugend und Sport
am Mittwoch, dem 27.01.2010,
im Stadtverordnetensitzungssaal, Stadthaus, Berliner Platz 1, 35390 Gießen.
Sitzungsdauer: 19:00 - 19:33 Uhr

Anwesend:

Stadtverordnete der CDU-Fraktion:

Herr Jürgen Becker

Herr Markus Böhm-Högy

Herr Dieter Gail

Herr Prof. Dr. Klaus Kramer

Herr Dieter Kräske

(in Vertretung für Stv. Schreiber)

(in Vertretung für Stv. Sator)

(ab 19:10 Uhr)

Stadtverordnete der SPD-Fraktion:

Frau Inge Bietz

Frau Hannelore Kraushaar-Hoffmann

Herr Peter Sommer

Herr Frank Walter Schmidt

Stadtverordnete der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Herr Klaus-Dieter Grothe

Frau Edith Nürnberger

Stadtverordnete der FDP-Fraktion:

Herr Dr. Klaus Dieter Greilich **Ausschussvorsitzender**

Stadtverordnete der Die Linke.Fraktion:

Herr Michael Beltz

Vom Magistrat:

Frau Gerda Weigel-Greilich **Bürgermeisterin**

Vom Ausländerbeirat:

Frau Sarah Stefanos

ab 19:05 Uhr

Vom Büro der Stadtverordnetenversammlung:

Frau Simone Benz

Schifführerin

Entschuldigt:

Frau Julia-Christina Sator

CDU-Fraktion

Herr Jörg Schreiber

CDU-Fraktion

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Er stellt fest, dass der Ausschuss beschlussfähig ist.

Gegen die Form und die Frist der Einladung und die Tagesordnung werden keine Einwände erhoben. Somit ist die Tagesordnung in der vorliegenden Form beschlossen.

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Bürger/-innenfragestunde
2. Interkommunale Zusammenarbeit im Bereich der Ferienpass-Aktion/Ferienkarussell zwischen der Universitätsstadt Gießen und ihren Nachbarkommunen
- Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 15.01.2010 - STV/2852/2010
3. Berichts Antrag Schülerbetreuung an Gießener Grundschulen
- Antrag der SPD-Fraktion vom 15.01.2010 - STV/2860/2010
4. Ausbau der U3-Betreuung forcieren - Am Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz festhalten
- Antrag der SPD-Fraktion vom 18.01.2010 - STV/2859/2010
5. Verschiedenes

Abwicklung der Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Bürger/-innenfragestunde

Es liegen keine Fragen vor.

2. **Interkommunale Zusammenarbeit im Bereich der Ferienpass-Aktion/Ferienkarussell zwischen der Universitätsstadt Gießen und ihren Nachbarkommunen - Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 15.01.2010 -** **STV/2852/2010**

Antrag:

„Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird beauftragt, mit den an Gießen angrenzenden Kommunen Gespräche über eine Zusammenarbeit im Bereich der Ferienpass- Aktion/Ferienkarussell zu führen und bis zur ersten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung nach den Osterferien über das Ergebnis dieser Gespräche zu berichten.“

Stv. Grothe, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, übernimmt den Vorsitz.

Stv. Dr. Greilich, FDP-Fraktion, begründet den Antrag. Er führt aus, dass in keiner Weise eine Reduzierung des Angebots angedacht sei. Das Gegenteil sei der Fall, das Spektrum solle erweitert werden.

Bürgermeisterin Weigel-Greilich erläutert, es gebe bereits jetzt die Regelung, dass Kinder, die aus dem Kreisgebiet kommen und eine Stadtschule besuchen, an den Ferienspielen teilnehmen können. Das gleiche gelte auch für Kinder, die in den Ferien ein Elternteil oder Großeltern besuchen, die in Gießen leben.

Sie halte es für sinnvoll, die Angelegenheit im Arbeitskreis Jugendpfleger zu besprechen, um abzufragen, ob von Seiten der Nachbarkommunen überhaupt Interesse an einer Zusammenarbeit bestehe. Die Angebote der Ferienspiele werden dort meist von Vereinen organisiert, oft mit dem Ziel, neue Mitglieder zu werben.

Beratungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.

Stv. Dr. Greilich, FDP-Fraktion, übernimmt den Vorsitz.

**3. Berichts Antrag Schülerbetreuung an Gießener
Grundschulen
- Antrag der SPD-Fraktion vom 15.01.2010 -**

STV/2860/2010

Antrag:

„Der Magistrat wird aufgefordert über den Stand der Schülerbetreuung an Grundschulen in Gießen bis zur Parlamentssitzung im Mai zu berichten. Dabei sollen folgende Fragen beantwortet werden:

1. Welche schulischen oder außerschulischen Angebote der Betreuung von Grundschüler/innen gibt es und wer sind die Träger?
2. Wie viele Betreuungsplätze für die genannte Gruppe gibt es?
3. Wie sind die Öffnungszeiten der jeweiligen Betreuungsangebote?
4. Wie erfolgt die Anmeldung und nach welchen Kriterien werden diese berücksichtigt?
5. Gibt es eine Bedarfserhebung über die Anzahl der benötigten Plätze?
6. Welche Kosten entstehen den Eltern?
7. Gibt es eine Elternvertretung in den Betreuungsarten?
8. Gibt es vergleichbare und definierte Qualitätsstandards und pädagogische Konzepte?
9. Ist gewährleistet, dass ein Kind, das vorher einen Ganztagsplatz in einer Kita hatte, auch einen Betreuungsplatz in der Schülerbetreuung bekommt?
10. Wo können sich Eltern über das Betreuungsangebot informieren?“

Stv. Bietz, SPD-Fraktion, erklärt, die Problematik liege darin, dass es in Gießen kein einheitliches, qualitativ und finanziell vergleichbares Betreuungsangebot für Grundschulkinder gebe. Eltern haben wenig Planungssicherheit, wenn die Einschulung ihres Kindes anstehe.

Stv. Grothe schlägt für die Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vor, **den 1. Absatz des Antrages wie folgt zu ändern:**

„Der Magistrat wird aufgefordert, über den Stand der Schülerbetreuung an Grundschulen in Gießen zu berichten, sobald die zu diesem Thema eingesetzte Arbeitsgruppe des Jugendhilfeausschusses, die sich in Gesprächen mit Schul- und Jugenddezernat befindet, erste Ergebnisse darstellen kann.

Dabei sollen folgende Fragen beantwortet werden:

1. Welche schulischen oder.....“

Die vorgeschlagene Änderung wird von der SPD-Fraktion übernommen.

Beratungsergebnis: Geändert einstimmig zugestimmt.

4. Ausbau der U3-Betreuung forcieren - Am Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz festhalten - Antrag der SPD-Fraktion vom 18.01.2010 - **STV/2859/2010**

Antrag:

„Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Gießen appelliert eindringlich an die Bundesregierung, den verabredeten Ausbau der Betreuungsplätze für unter Dreijährige nicht durch eine Steuerpolitik zu Lasten der Kommunen zu gefährden, sondern im Gegenteil zu forcieren. Die Stadtverordnetenversammlung hält es für unerlässlich, dass den durch die internationale Finanz- und Wirtschaftskrise sowie die Haushaltssituation der Länder ohnehin schon in schwere finanzielle Bedrängnis geratenen Kommunen dem tatsächlichen Bedarf entsprechende Finanzmittel zur Verfügung gestellt werden.
2. Der Bund wird aufgefordert, in Abstimmung mit den Ländern, den kommunalen Spitzenverbänden und den freien Trägern der Jugendhilfe eine realistische, belastbare und den regionalen Besonderheiten gerecht werdende Ermittlung des tatsächlichen Bedarfs an U3-Plätzen vor dem Hintergrund des Rechtsanspruchs durchzuführen. Der Rechtsanspruch darf nicht durch unrealistisch festgesetzte Quoten gefährdet werden.

Die Stadtverordnetenversammlung fordert die Bundesregierung auf, das geplante Betreuungsgeld aufzugeben. Die dafür eingeplanten Mittel von schätzungsweise 1,4 bis 1,9 Milliarden Euro jährlich werden dringend für Kinderbetreuungsplätze benötigt.“

Stv. Bietz, SPD-Fraktion, bittet um Zustimmung.

Bürgermeisterin Weigel-Greilich erklärt, inhaltlich sei nichts gegen den Antrag einzuwenden. Es gebe aber eine Vereinbarung, keine Resolution zu beschließen, wenn es bereits eine vergleichbare des Städtetages gebe.

Stv. Grothe, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, übernimmt den Vorsitz.

Stv. Dr. Greilich, FDP-Fraktion, vertritt die Auffassung, die Bundesregierung sei nicht der direkte Ansprechpartner des Ausschusses. Aus diesem Grund werde seine Fraktion dem Antrag nicht zustimmen.

Beratungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt (Nein: CDU/GR/FDP; Ja: SPD; StE: LINKE).

Stv. Dr. Greilich übernimmt den Vorsitz.

5. **Verschiedenes**

Vorsitzender Dr. Greilich gibt bekannt, dass die nächste Sitzung des Ausschusses für Soziales, Familie, Jugend und Sport am 10.03.2010, 19:00 Uhr stattfindet.

Vorsitzender teilt mit, dass **Stv. Bietz** den Wunsch an ihn herangetragen habe, einen Vertreter des Präventionsrates einzuladen, der dem Ausschuss über die Arbeit des Rates berichten solle.

Die Mitglieder des Ausschusses erheben dagegen keine Einwände.

Vorsitzender Dr. Greilich erklärt, er werde einen Vertreter des Präventionsrates zur nächsten Ausschusssitzung einladen.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt der Vorsitzende die Sitzung mit einem Dank für die Mitarbeit der Anwesenden.

DER VORSITZENDE:

(gez.) Dr. Greilich

DIE SCHRIFTFÜHRERIN:

(gez.) Benz